



Antwort zur Anfrage Nr. 0838/2018 der CDU-Stadtratsfraktion betreffend
Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung in der Ausländerbehörde (CDU)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Ist der Verwaltung bekannt, dass es in der Ausländerbehörde zu erheblichen Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung kommt?

Der Verwaltung ist bekannt, dass es in der Ausländerbehörde zu einer Verzögerung bei der Bearbeitung von Anträgen kommt.

2. Was ist ursächlich für die Verzögerung?

Die Gründe für die derzeitige Verzögerung in der Antragsbearbeitung sind vielschichtig.

Der vorübergehende, starke Anstieg der Bearbeitungszeiten ist zum einen auf einen hohen Krankenstand sowie mehrere unbesetzte Stellen zurückzuführen. Die Verfahren zur Wieder-/Neubesetzung der vakanten Stellen stehen kurz vor dem Abschluss.

Unabhängig von der personellen Situation ist die Ausländerbehörde aufgrund des gesellschaftlichen Wandels und der weltweiten Krisenherde im Vergleich zu früher erheblich stärker von (kurzfristigen) gesetzlichen Änderungen betroffen, die zu einem deutlichen Arbeitsmehranfall und zu immer schwierigeren, komplexeren Fragestellungen geführt haben.

Ebenso ist bei vielen Antragsverfahren die Beteiligung externer Stellen (Bundesagentur für Arbeit, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Deutsche Auslandsvertretungen, etc.) zwingend vorgeschrieben. Dies wirkt sich auch auf die Bearbeitungszeiten der gestellten Anträge aus.

3. Wie kann Abhilfe geschaffen werden?

Es wurden bereits entsprechende Maßnahmen getroffen, um zukünftig wieder einen normalen Dienstbetrieb zu gewährleisten.

Diese umfassen

- die Freigabe von zwei befristeten Sachbearbeiterstellen für den Bereich „Asyl, Duldung und humanitäre Aufenthaltstitel“,
- den vorübergehenden Einsatz von zwei Zeitarbeitskräften zur Entlastung der Sachbearbeiter/innen bei niederschweligen Arbeiten,
- die vorübergehende Stundenerhöhung einer Teilzeitarbeitskraft,

- die Erweiterung des Bewerberkreises bei der Ausschreibung zur Wieder-/Neubesetzung von Stellen,
- das Angebot eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements und des Kontakts zur Gesundheitsberatung zur Reduzierung der krankheitsbedingten Ausfallzeiten sowie
- die schnellstmögliche Besetzung der vakanten Stellen.

Es ist davon auszugehen, dass die Besetzung von fünf Vollzeitstellen zeitnah erfolgt. Nach der Besetzung der Stellen gehen wir von einer deutlichen Verbesserung der Situation aus.

Für weitere aktuell entstandene Vakanzen im Umfang von drei Vollzeitstellen erfolgen aktuell die notwendigen Schritte zur Wiederbesetzung.

4. Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass ein mehrere Wochen dauerndes Warten auf Antworten den Betroffenen nur schwer zu vermitteln ist?

Auch die Verwaltung der Stadt Mainz teilt die Auffassung, dass die langen Wartezeiten nicht hinnehmbar sind. Daher erfolgt trotz der derzeitigen Arbeitsbelastung beispielsweise eine priorisierte Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis (inkl. Praktika, Einstiegsqualifizierung, FSJ) und den Anträgen auf Verlängerung einer Duldung, Aufenthaltsgestattung bzw. eines Aufenthaltstitels, an deren Gültigkeit eine Leistungsgewährung geknüpft ist.

Ebenso steht der Servicepoint den Bürgerinnen und Bürgern ohne Terminvereinbarung, beispielsweise für die Ausstellung von Bescheinigungen, zur Verfügung.

5. Wie sind die Antragsbearbeitungszeiten in vergleichbaren rheinland-pfälzischen Kommunen?

Angaben zu den Bearbeitungszeiten der Ausländerbehörden anderer rheinland-pfälzischer Kommunen liegen nicht vor.

Mainz, 9. Mai 2018

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister